

Gesundheitspolitik

Die Nerven liegen erke...

Vor der Bundestagswahl wächst die Hektik / Milliardenlock...

Köln (Iure). Die gesetzlichen Krankenversicherungen haben im ersten Halbjahr 2002 ein Defizit von rund 2,4 Milliarden Euro eingefahren. Als Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmid (SPD) diese Zahlen bekannt gab, da konnte sie sich nicht freuen. Das Echo kam prompt: „Mit diesem Defizit erhält die Bundesregierung die Quittung für ihre völlig verfehlte Wirtschafts- und Gesundheitspolitik“, urteilte Horst Seehofer (CSU) aus dem Kompetenzteam Edmund Stoibers.

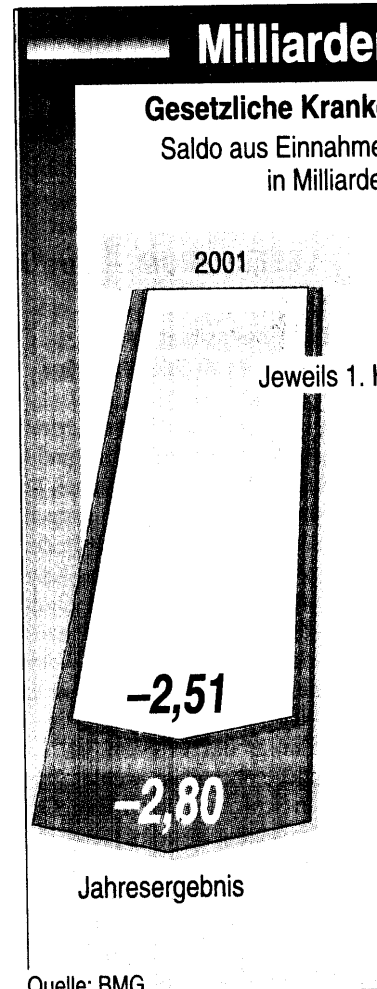
Dagegen sah Schmid die Ursache für die Defizite in sinkenden Einnahmen der GKV und bei den Ärzten, die zu viele, zu teure Arzneimittel verordneten. Die Zuwachsraten bei den Arzneimittelausgaben pro Versicherten lag bei 3,9 Prozent.

Mit 3,6 Prozent erreichte der Anstieg der Krankenausgaben eine ähnliche Höhe. Sie müssen auch nach Meinung des Bundesgesundheitsministeriums (BMG) vor dem Hintergrund eines minimalen Zuwachses von 0,3 Prozent im ersten Halbjahr 2001 relativiert werden. Dem stimmte die Deut-

sche Krankenhausgesellschaft (DKG) zu. Dies zeige, dass der Kliniksektor kostenbewusst bei hoher Qualität arbeiten könne, betonte Hauptgeschäftsführer Jörg Robbers. Er warnte davor, aufgrund des hohen GKV-Defizits die Krankenhäuser mit einem weiteren Kostendruck zu belasten.

Mit den Kassenärzten hatte Schmid jedoch noch eine Rechnung offen. Die KBV-Landesvertreterversammlung hatte nämlich kurz vor Verkündung des Defizits beschlossen: „Kassenärztliche Vereinigungen sollten keine Verträge mit Krankenkassen über Disease-Management-Programme schließen, bevor nicht der dauerhafte Bestand der derzeitigen Rechtsgrundlage gesichert ist.“ Das konnte als Absage verstanden werden, die DMPs als Prestige-Objekte der Regierung noch vor der Wahl umzusetzen. Das brachte nicht nur die Gesundheitsministerin auf die Palme.

In der Kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein (KV No) wollte man ursprünglich noch am Mittwoch nach der Landesvertreterversammlung einen



■ NICHT MIT UNS!

Unerträgliche Arbeitsbelastung, erkennbarer Ärztemangel – und jetzt sollen die Ärzte auch noch gespalten werden?

Seite 3

■ VERTRAGSBEFRISTUNG

Das Bundesarbeitsgericht hat entschieden, dass eine Befristung „für die Dauer der Weiterbildung bis zur Facharztanerkennung“ unzulässig ist.

Seite 3

■ INTERVIEW

Mit Dr. Frank Ulrich Montgomery war erstmals ein MB-Vorsitzender bei einem Bundeskanzler zu einem Gespräch geladen. Gerhard Schröder im Interview auf

Seite 6

■ STELLENMARKT

In dieser Ausgabe auf den

Seiten 7 und 8

■ LANDESVERBÄNDE

In dieser Ausgabe auf den

Seiten 10 und 11

■ SEMINARE

In dieser Ausgabe auf

Seite 13

Berliner Gespräche

Montgomery beim Kanzler

Meinungsaustausch / Fortsetzung geplant

